



Susanne Stölzel <susanne.stoelzel@googlemail.com>

Fall Mollath: Transparenz-Anfrage an Frau CSU-MdB Dagmar Wöhrl wegen....

1 Nachricht

Klaus Stölzel <klausstoelzel939@googlemail.com>

7. Januar 2013 15:09

An: kontakt@dagmar-woehrl.de, dagmar.woehrl@wk.bundestag.de, dagmar.woehrl@bundestag.de

Bcc: susanne.stoelzel@googlemail.com

...Ihrer Stellungnahme vom 30.11.2012 mit dem Thema, wörtlich:

"Der **Fall Mollath** - zwischen Verschwörungstheorien und der Suche nach Wahrheit. Stellungnahme zu den Anschuldigungen der Steuerhinterziehungen."

www.dagmar-woehrl.de/standpunkt/statements/der-fall-mollath/

Sehr geehrte Frau **Wöhrl**,

wie ich Ihrer o. g. Stellungnahme entnehmen konnte, sind Sie sehr für "Transparenz in der Politik".

Diese Transparenz fordere ich nunmehr von Ihnen persönlich ein und erbitte mir Auskunft über ihre Einkünfte bei der Sarasin Bank, einmal als Verwaltungsrat in Basel und als Beirat der Sarasin Bank in Frankfurt, inkl. NK und für Vorträge im monatlichen Bezug, bis zum

15. 01. 2013

zuerteilen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus G. Stölzel

über

Susanne Stölzel

Postfach 20 02 13

89309 Günzburg / Bayern

Email: klaustoelzel939@googlemail.com

P.S.: Siehe hierzu Telepolis vom 6. 12. 2012

Titel: " Neue Leiche aus Steinbrücks Keller aufgetaucht"

und wie Frau Dagmar Wöhrl an diese Steinbrücksche Leiche gefesselt ist.

Verwaltungsrat



Dagmar G. Wöhl

Mitglied

[Hochauflösendes Pressefoto](#)

Geboren 1954; deutsche Staatsangehörige; wohnhaft in Nürnberg, Deutschland; Studium der Rechtswissenschaften an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (Rechtsanwaltszulassung).

Nach ihrem Studium war Dagmar G. Wöhl ab 1987 als Rechtsanwältin und Unternehmerin tätig. Als CSU-Politikerin wurde sie 1990 erst in den Nürnberger Stadtrat und 1994 erstmals in den Deutschen Bundestag gewählt. Dort war sie u.a. wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion und von 2005 bis 2009 als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie tätig. Zur gleichen Zeit übte sie das Amt der Maritimen Koordinatorin der Bundesregierung aus. Seit November 2009 ist Dagmar G. Wöhl Vorsitzende des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ordentliches Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien sowie stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestages. Zusätzlich zu ihren politischen Ämtern ist Dagmar G. Wöhl Mitglied des Aufsichtsrates der Nürnberger Lebensversicherung. Neben ihrem politischen Engagement ist Dagmar G. Wöhl auch ehrenamtlich vielseitig eingebunden. So ist sie u. a. Präsidentin des Tierschutzvereins Nürnberg und Umgebung, Mitglied der deutschen UNESCO-Kommission und Stiftungsrätin ihrer eigenen Emanuel-Wöhl-Stiftung. Dagmar G. Wöhl ist Trägerin des Bundesverdienstkreuzes am Bande und des Bayerischen Verdienstordens. Dagmar G. Wöhl ist seit 2011 Verwaltungsratsmitglied der Bank Sarasin & Cie AG.

Bank Sarasin & Cie AG

Elisabethenstrasse 62

Postfach

CH 4002 Basel

Telefon +41 (0)61 277 77 77

Telefax +41 (0)61 272 02 05

Mail info@sarasin.ch

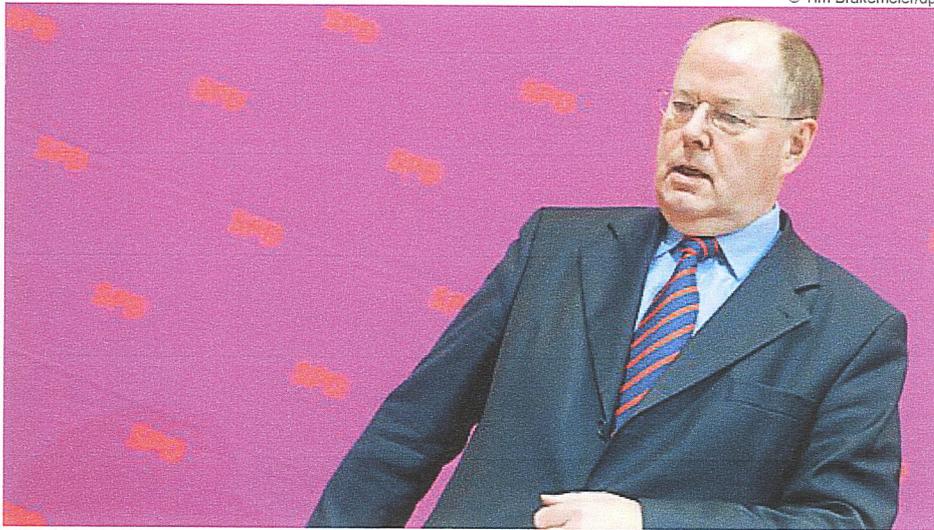
LOBBYISMUS

Unter Steinbrück schrieben Banken selbst das Steuergesetz

Für eine Gesetzesänderung haben Mitarbeiter des Finanzministeriums Schriften des Verbandes deutscher Banken übernommen. Chef des Ministeriums war damals Peer Steinbrück.

05. Dezember 2012 - 12:42 Uhr

© Tim Brakemeier/dpa



SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück

Die Beamten des Bundesfinanzministeriums haben sich 2006 von Lobbyisten des Bankgewerbes die Hand führen lassen. Die damalige Begründung zur Änderung eines Steuergesetzes ist zu großen Teilen identisch mit einem Schreiben des Bundesverbandes deutscher Banken aus dem Jahr 2002. Nach Recherchen der ZEIT übernahmen die Beamten über lange Passagen wortwörtlich die Formulierungen der Verbandsexperten. Damaliger Bundesfinanzminister war der heutige SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück.

Aufgefallen war dies im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt gegen Mitarbeiter und einen großen Kunden der HypoVereinsbank wegen des Verdachts des Steuerbetrugs bei Aktiengeschäften. Die Ermittlungen sind nach Einschätzung von Experten auch die Folge des schlecht gemachten Steuergesetzes.

Nach Ansicht von Steuerprofessoren haben die damaligen Gesetzesänderungen das Problem im Zusammenhang mit der Erstattung von Kapitalertragsteuern sogar noch verschärft. Im Zuge der straf- und finanzrechtlichen Aufarbeitung von bestimmten Fällen des sogenannten Dividenden-Strippings ist nun mit einer Prozesswelle zu rechnen.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE, nf

5. Dezember 2012 09:57 Razzien bei Geldhäusern

HVB-Affäre erfasst Sarasin Bank

Von Klaus Ott

Mehrere Filialen der Hypovereinsbank wurden in der vergangenen Woche durchsucht, das Finanzhaus steht im Verdacht der schweren Steuerhinterziehung. Nun stellt sich heraus, dass die Razzia auch bei einer Schweizer Bank erfolgte. Die private Sarasin-Bank soll in der Affäre eine Schlüsselrolle spielen.

In der Affäre um mutmaßlichen Steuerbetrug bei Aktiengeschäften ist außer der Hypo-Vereinsbank (HVB) auch eine Schweizer Privatbank durchsucht worden, die mehrere Niederlassungen in Deutschland betreibt. Nach Angaben von Kreisen, die mit dem Fall vertraut sind, handelt es sich um das Bankhaus Sarasin, das seit 1841 besteht. Stammsitz ist Basel.

Sarasin bietet vermögenden Kunden aus aller Welt "nachhaltige Kapitalanlagen" an. Die Privatbank soll in mehrere Aktiendeals rund um die HVB, den Berliner Immobilienunternehmer Rafael Roth und einen Anwalt verwickelt sein, bei dem in der Bundesrepublik angeblich Steuern in Höhe von knapp 124 Millionen Euro hinterzogen wurden. Sarasin erklärte auf Anfrage, man habe "derzeit keine Anhaltspunkte für ein Fehlverhalten der Bank". Gleichwohl habe man sofort eine "interne Untersuchung eingeleitet, um die Situation zu klären". Zu den Details wollte sich die Schweizer Privatbank nicht äußern.

Die Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt hat in der vergangenen Woche mit Hilfe des Bundeskriminalamtes insgesamt 13 Objekte in Deutschland durchsucht, darunter die HVB-Zentrale in München, Filialen der Hypo-Vereinsbank und das Bankhaus Sarasin. Wegen des Verdachts der besonders schweren Steuerhinterziehung wird gegen sechs heutige und frühere Beschäftigte der HVB, gegen Roth sowie gegen den Anwalt ermittelt, der diese Geschäfte gesteuert haben soll. Unter den Beschuldigten sind keine Mitarbeiter und auch keine Manager von Sarasin.

Die Schweizer Privatbank soll bei den Aktiendeals, mit denen der deutsche Fiskus betrogen worden sei, eine Schlüsselrolle gespielt haben. In einem Bescheid des Finanzamtes Wiesbaden II vom 3. Februar 2011 für die an diesem Handel beteiligte Firma des Immobilienunternehmers Rafael Roth heißt es, Sarasin sei "Initiator der

Aktengeschäfte" gewesen. Die Schweizer Privatbank habe als Initiator der Deals Kontakt zur HVB und zu einer Anwaltskanzlei aufgenommen. Diese drei Parteien hätten dann eine Anlagestrategie unter "Ausnützung" von Steuererstattungen entwickelt, steht in dem Bescheid des Finanzamtes Wiesbaden. Dieses Finanzamt hat mit seinen Erkenntnissen offenbar den Fall ins Rollen gebracht.

Die Ermittler glauben, dass diese Geschäfte nur durch die Einschaltung ausländischer Partner möglich gewesen seien. Nur so habe der Fiskus getäuscht werden können. Das bestreitet allerdings nicht nur die Schweizer Privatbank Sarasin. Auch der Immobilienunternehmer Roth und der mitbeschuldigte Rechtsanwalt beteuern nach Angaben aus deren Umfeld ihre Unschuld. Die Hypo-Vereinsbank erklärt, man sei selbst an einer "umfassenden Klärung des Sachverhalts" interessiert und habe nach ersten Hinweisen im Jahr 2011 eigene Untersuchungen veranlasst. Man kooperiere mit den Behörden.

URL: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/razzia-in-der-schweiz-hvb-ffaere-erfasst-sarasin-bank-1.1541824>

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ vom 05.12.2012/ratz

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.